F E D E R A T I O N D E S A S S O C I A T I O N S T U R Q U E S
D E S U I S S E R O M A N D E

B A T I İ S V İ Ç R E T Ü R K D E R N E K L E R İ
F E D E R A S Y O N U

Lausanne, 10. Oktober 2009

MITTEILUNG

Dank Vermittlung der Schweizer Diplomatie haben Vertreter der Türkei und Armeniens seit ungefähr einem Jahr eine Reihe von Treffen durchgeführt, um für Probleme, die Frieden und gute nachbarschaftliche Beziehungen verhindern, eine Lösung zu finden.

Unsere Föderation hat mit Freude festgestellt, dass diese Konsultationen heute mit zwei unterzeichneten Protokollen in Zürich abgeschlossen wurden.

Diese Protokolle konstituieren einen Fahrplan und werden der Türkei die Wiedereröffnung der Grenze zu seinem Nachbarland Armenien ermöglichen, die seit 1993, d.h. seit der Besetzung von 20% des turksprachigen Staats Aserbaidschan durch armenische Truppen, geschlossen ist. Diese Grenze, die durch Verträge des internationalen Rechtes definiert wurde, namentlich die Verträge von Kars (1921) und Lausanne (1923), wird von der armenischen Diaspora bestritten . Sersch Sarkisjan, der armenische Präsident, widersprach kürzlich der armenischen Diaspora wie folgt: „Die sowjetische Union hat den Vertrag von Kars bereits fünf Mal anerkannt, und als wir der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten beitraten (in 1991), verpflichteten wir uns, alle von der Sowjetunion unterzeichneten Abkommen zu respektieren“.

Diese Protokolle werden ausserdem die Gründung einer Historiker-Kommission ermöglichen, um die beiden Länder betreffenden historischen Daten und Archiven unparteiisch und wissenschaftlich zu untersuchen.

Es ist zu hoffen, dass das Klima der Entspannung und des Friedens, das durch diese Protokolle entsteht, sowohl den Beziehungen zwischen Aserbaidschan und Armenien zugute kommen als auch für Aserbaidschan eine Lösung fördern wird, damit es seine territoriale Integrität wieder findet und es hunderttausenden von aserbaidschanischen Flüchtlingen, die aus ihrem Heimatland entwurzelt wurden, ermöglicht, in ihre Dörfer und Städte zurückzukehren.

Die Wiedereröffnung der türkischen Grenze wird der armenischen Bevölkerung ein unleugbares wirtschaftliches Wohlbefinden bringen: ihre Enklavierung im Kaukasus wird zu Ende gehen und sie wird sich Europa nähern. Der Internationale Währungsfonds betont, dass die Wiedereröffnung der türkisch-armenischen Grenze die armenische Wirtschaft sehr positiv beeinflussen wird. Gemäss Weltbank, werden alle Wirtschaftssektoren Armeniens, dessen BIP rasant um 10 bis 12% steigen wird, davon profitieren. Diese Perspektive freut die armenische Bevölkerung, mit Ausnahme der Extremisten. Seit mehreren Jahren nimmt die armenische Bevölkerung spürbar ab, da die grosse wirtschaftliche Ungewissheit eine Fluchtbewegung ins Ausland, unter anderem in die Türkei, wo mehr als 70'000 armenische Schwarzarbeiter von der türkischen Regierung wohlwollend toleriert werden, auslöst. Gemäss dem Bericht vom 11. Juni 2001 der armenischen Republik, der dem Europarat eingereicht wurde, betrug zu diesem Zeitpunkt die Bevölkerungszahl Armeniens 3'800'000. Jedoch, infolge der Auswanderung ging diese Zahl auf 3'077'000 Personen* zurück. Von der Wiedereröffnung der Grenze wird vor allem Armenien profitieren, das wie in den anderen Bereichen auch in diesem Bereich Forderungen stellt. Ohne Zugang zum Meer, die einzige Strassenverbindung zwischen Armenien und Europa geht durch das türkische Staatsgebiet.

Fédération des Associations Turques de Suisse Romande
9, Rue de Crissier CP648 - 1020 Renens / Suisse
E-mail: info@fat-sr.com; Fax: 021 636 25 07

Obwohl diese Protokolle sowohl von den USA und der Europäischen Union als auch von vielen zahlreichen Ländern und internationalen Organisationen ohne Vorbehalt begrüsst werden, werden sie von der armenischen Diaspora bestritten; sie fordert sogar die armenische Regierung auf, diese abzulehnen.

Diese Intransigenz, die die sehr grosse Ungewissheit und die Armut, in der sich die armenische Bevölkerung befindet, nicht berücksichtigt, ist schwer zu verstehen. Wenn man in Zürich (BNE/Einwohner ** von 65'330 USD*), in Kalifornien (BNE/Einwohner von 47'580 USD) oder in Marseille (BNE/Einwohner von 42'250 USD) lebt, kann man sich wahrscheinlich nicht vorstellen, was es bedeutet, heute in Armenien mit einem BNE/Einwohner von 3'350 USD zu leben.

Anstatt sich um diese wirtschaftliche Realität zu kümmern, ist die einzige Sorge der Diaspora „die Anerkennung des türkischen Völkermordes an den Armeniern“. Wie kürzlich in einer Deklaration der armenischen Aktivisten in der Schweiz klar formuliert, wird, laut der armenischen Diaspora, die erfolgte Anerkennung, – ahnungslos und ungeachtet von allen internationalen Abkommen – Gebiets- und Reparationsforderungen mit sich bringen.

Wie im zweiten Protokoll vorgesehen und seit langem von der Türkei gefordert, kann durch die Gründung einer Historiker-Kommission zur Untersuchung der im Jahre 1915 im Osmanischen Reich stattgefundenen Ereignisse, die historische Realität in ihrer vollen Komplexität präsentiert werden. Wie der Staatsrat des Kantons Waadt – den Stellungnahmen des Bundesrates von Mai 2002 und Dezember 2003 folgend – dem Kantonsrat im Bericht vom 12. Januar 2005 deklarierte, ist die Natur der im Jahre 1915 geschehenen Ereignisse „Gegenstand der historischen Forschung“ und muss durch die Historiker untersucht und ermittelt werden. Auch 19 Historiker, wie Jacques Julliard, Jean-Pierre Azema oder René Rémond, teilen diese Meinung. Sie behaupten in einer Petition, dass weder Politiker noch Parlamente die Geschichte schreiben sollen.

Die Schweiz steht im Widerspruch zum Thema der Gründung einer Historiker-Kommission. Auf der einen Seite fördert und unterstützt sie eine solche Kommission und auf der anderen Seite verbietet sie jegliche historischen Debatten durch den Strafgesetz-Artikel 261 bis (Rassismus-Strafartikel). Bewusst dieser Tatsache hat das Bundesamt für Justiz (BJ) eine Konsultation organisiert, um den in diesem Artikel vorkommenden Begriff „Völkermord“ zu klären. Ein BJ-Arbeitsdokument schlug - unter anderen Varianten - die Variante 4c vor, die das Wort „Völkermord“ durch den Satz „…durch ein von der Schweiz anerkanntes internationales Gericht festgestellter Völkermord“ ersetzt. Um jegliche Missverständnisse zu vermeiden, wiederholt unsere Gemeinschaft von mehr als 150'000 Personen ihre tiefe Verbundenheit mit dem Rassismus-Strafartikel, und sie fordert die Ergänzung dieses Artikels durch die Variante 4c des Arbeitsdokuments. Ausserdem denunziert die Europäische Kommission des Europarates gegen Rassismus und Intoleranz in ihrem Bericht vom 15. September 2009 die „Schattenzonen und Risse in der Interpretation des Strafgesetz-Artikels 261 bis“.

Die Türken in der Schweiz danken der Schweizer Diplomatie, die für die Annäherung zwischen den beiden Ländern vermittelte. Sie fordern jedoch sich gegenüber mehr Unparteilichkeit und weniger Inkohärenz. Sie sind auch der Ansicht, dass die Zukunft der Beziehungen zwischen dem türkischen und dem armenischen Volk in einem Versöhnungsprozess liegt, in dessen Verlauf die historische Wahrheit im Geist der Offenheit und Freiheit geforscht wird.

Türkische Gemeinschaft Schweiz	Fédération des Associations Turques de Suisse Romande
Präsident Kahraman Tunaboylu	Präsident Celal Bayar

---

* World Development Indicators database, World Bank 15 September 2009

** In der neuen Terminologie der Weltbank wird das BNP durch BNE (Brutto National Einkommen) ersetzt